



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Aufklärung über den Umgang mit streikenden (angestellten) Lehrkräften

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu den Hinweisen Stellung zu nehmen, dass es in einigen Fällen aufgrund der Streikteilnahme von Lehrkräften im Frühjahr 2015 zu Einschüchterungen seitens der jeweiligen Schulleitungen kam, um angestellte Lehrkräfte von den Streiks abzuhalten; ferner soll es zu Drohungen mit Vermerken in der Personalakte oder gar einer Erwähnung der Streikteilnahme im Arbeitszeugnis gekommen sein. Zudem wird die Staatsregierung gebeten, zu erläutern, wie seitens des Kultusministeriums, Finanzministeriums und/oder den Bezirksregierungen mit den (Personal-)Daten von Lehrerinnen und Lehrern umgegangen wurde, die ihre Arbeitskampfmaßnahme entsprechend meldeten.

Begründung:

Die Anzahl befristeter Arbeitsverhältnisse an den bayerischen Schulen ist enorm. Deshalb haben Bündnis 90/Die Grünen schon mehrfach Anträge in den Bayerischen Landtag eingebracht, um die Arbeitsbedingungen dieser Lehrkräfte zu verbessern. Es geht hier um Menschen, die zusammen mit ihren Familienangehörigen in ihrer Lebensplanung massiv betroffen sind. Es handelt sich um hunderte Lehrerinnen und Lehrer von staatlichen Gymnasien, Grund-, Mittel- und Realschulen, die mit befristetem Arbeitsvertrag angestellt sind. Den Großteil der Befristungen gibt es an Förderschulen und Beruflichen Schulen. Weiterhin geht es um die vielen zusätzlichen befristeten Verträge, die jeweils zum November und zum Februar abgeschlossen werden, ohne Bezahlung in den Schulferien.

An den beiden Warnstreiktagen 13.03.2015 und 26.03.2015 haben angestellte Lehrkräfte von – vor allem von Realschulen und FOS/BOS – gestreikt. Hauptforderungen des Streiks waren: Entgelterhöhung, Lehrer-Entgeltordnung (L-EGO) und ein Aus für sachgrundlose Befristungen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will sicherstellen, dass eine Teilnahme an einem Streik in keinem Fall zu Nachteilen für die Streikenden führt.

Wir wollen den Vorwürfen einiger Lehrkräfte nachgehen, die von „Einschüchterungen“ etc. berichtet haben. Außerdem: Dass Namen der Streikenden wegen des Gehaltabzugs auch an die Bezügestelle gehen ist uns bekannt, was geschieht aber darüber hinaus mit den Personaldaten? Wir beziehen uns hier auf ein Schreiben der Regierung von Oberbayern, in dem Schulämter, Förderschulen und Berufsschulen dazu aufgefordert werden, Streikmaßnahmen nicht nur ans Kultusministerium, sondern auch an die Adresse „Schulpersonal“ zu mailen.